

Grund und Boden sind knapp im Land, die Bedürfnisse von Naturschutz und Wirtschaft oft konträr. IV-Boss Martin Ohneberg und Naturschutzanwältin Katharina Lins im Streitgespräch.

Durch die geplante Werksansiedlung von Ölz Meisterbäcker in der Landesgrünzone sind die Themen Raumnutzung und Naturschutz in den Fokus gerückt. Wie können Infrastruktur, Raumplanung und Naturschutz unter einen Hut gebracht werden?

Martin Ohneberg (MO): Alles ist möglich. Gewisse Gruppen würden die Grünzone aber gerne zur Naturschutzzone erklären. Dagegen wehren wir uns. Es handelt sich um Vorhalteflächen, deren Nutzung sollte so definiert werden, wie es dem Lebens- und Wirtschaftsraum und somit den Menschen nutzt.

Katharina Lins (KL): Es stimmt, Grünzonen sind nicht automatisch ein Naturschutzthema. Aber die Raumplanung ist dafür da, alle Nutzungsinteressen zu ordnen. Die Situation in Weiler wird leider gerne auf „Naturschutz gegen Wirtschaft“ verkürzt. Fest steht, die Grünzone muss geschützt werden. Nicht zwingend zum Schutz seltener Pflanzen. Wir brauchen Freiflächen für Landwirtschaft, für Erholung. Wir dürfen uns nicht die Entscheidungsmöglichkeiten für die Zukunft verbauen.

Die IV hat den „Urbanen Weg für Vorarlberg“ präsentiert. Wo würden Sie als Raumplaner als erstes die Hebel ansetzen?

MO: Zu allererst braucht es eine gemeindeübergreifende Strategie und einen interkommunalen Steuerausgleich – letztlich geht es immer ums Geld. Dann braucht es eine Strategie für eine langfristige Raumordnung. Die Landesgrünzone, wie sie vor 40 Jahren festgelegt wurde, wird rein statisch betrachtet. Doch wir wissen,

wie rasant sich die Region in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Wir brauchen Grün- und Erholungsflächen, aber sie müssen dynamisch definiert sein – mit der Möglichkeit, entsprechend nachzjustieren. Wir haben in Gesprächen mit Bürgermeistern zudem herausgehört, dass sie sich mehr Verbindlichkeit wünschen, weil sie mit den momentanen Instrumenten nicht mehr weiterkommen. Einige Gemeinden stehen überdies finanziell mit dem Rücken zur Wand – das ist kein Geheimnis. Ein interkommunaler Finanzausgleich könnte auch mit privatwirtschaftlichen Verträgen umgesetzt werden, dazu bräuhete es keine große Gesetzesänderung. Auch wichtig: verdichtetes und höheres Bauen. Das bedeutet gleichzeitig mehr öffentlichen Raum.

Wie flexibel ist man im Land in Sachen Bauhöhe?

MO: Diese Frage wird seit Langem diskutiert, etwa

wenn es um Hochregallager oder Bürogebäude geht. Bislang wurde meist erst reagiert, wenn Probleme aufgetaucht sind. Das funktioniert heute nicht mehr. Wir müssen uns nun fragen, wo wir erhöhtes, verdichtetes Bauen zulassen, um letztlich auch günstigeren Boden zu schaffen. Noch leisten wir es uns, dass gewerbliche Grundstücke 400, 500 oder mehr Euro pro Quadratmeter kosten – dem Wohnbau geht es da genauso.

KL: Wir reden ja nicht von Türmen mit 30 Stock-



Fotos: lisa.mathis.at

Was bewegt Vorarlberg?



Naturschutzanwältin Katharina Lins und IV-Präsident Martin Ohneberg vertreten unterschiedliche Standpunkte. Beim „Krone“-Gespräch saßen sich beide erstmals persönlich gegenüber.

DAS GROSSE
Interview
HARALD KÜNG

Wordrap

Naturschutz:

KL: Lebensqualität, auch für die Menschen.
MO: Wichtig, darf aber nicht überbordend sein.

Wirtschaft:

MO: Die Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze.
KL: Wichtig, aber darf nicht überbordend sein.
MO (lacht): Touche!

Raum:

KL: Begrenzt
MO: Begrenzt – man muss das Beste daraus machen und das gegebene Potenzial nutzen.

Geld:

MO: Notwendig, um Dinge umsetzen zu können.
KL: Notwendig, aber nicht das einzige, was wichtig ist.

Politik:

KL: Ebenfalls notwendig
MO: Dazu da, um die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Wie nutzen wir den Raum in Zukunft?

werken, es geht in dieser Frage um das Errichten eingeschossiger Gebäude – etwa Handels- und Produktionsbetrieben. Wir haben extreme Grundstückspreise, doch offensichtlich sind sie immer noch zu billig, wenn es sich jeder Diskonter leisten kann, hektarweise Parkplätze zu errichten und eingeschossig zu bauen.

MO: In Produktionsbetrieben stößt erhöhtes Bauen an seine Grenzen. Es gibt Produktionslayouts, die man berücksichtigen muss. Doch im Büro-, Wohn- oder

Lagerbau müssen neue Lösungen her. Mit über 50.000 Einwohnern ist Dornbirn zu einer echten Stadt herangewachsen. Doch man findet Einfamilienhäuser bis ins Zentrum. Das macht Planung sehr schwierig. Ebenso in Bregenz: Mit dem GWL hat man sich einst getraut, höher zu bauen. Dieser Mut hat nachgelassen. Und seit die Seestadt eingestellt wurde, herrscht sowieso Stillstand – sehr bedauerlich.

Sie üben auch Kritik an der landeseigenen Immobiliengesellschaft. Warum?

MO: Ich kritisiere nicht die Gesellschaft, ich kritisiere die Unberechenbarkeit für Firmen sowie das Bashing von Unternehmern in der Bevölkerung. Wenn ich mich im Vorfeld mit den Verantwortlichen abstimme und man mir Möglichkeiten offeriert, muss ich mich darauf verlassen können. Doch nach einigen Jahren wird die Causa in der Öffentlichkeit diskutiert und alles ist anders. Wir wissen, wie schwierig es ist, Arbeitsplätze zu schaffen – und bei Ölz sollen deutlich über 100 ent-

stehen! Und dennoch wird man öffentlich abgewatscht.

KL: Wenn ich aber einen Standort suche, kann ich nicht einfach sagen: „Ja, dann nehme ich halt den Acker. Das wird schon gehen“. Natürlich wollen alle günstigere Böden und der Unterschied zwischen Acker- und Bauland ist riesiger. Und wenn man weiß, dass man die Dinge mit gewissem Druck umwerfen kann, haben wir ein inkonsequentes System. Darunter leiden letztlich auch die Kleinen. Denn auch sie

müssen sich ihre Grundstücke kaufen und den vollen Quadratmeterpreis zahlen. Ein Konzern kommt daher und sagt: „Her mit dem Acker oder ich gehe in die Schweiz.“

MO: Aber darum muss es möglich sein, Grünzonen dynamischer zu definieren. Neben der Mobilisierung bestehender Grundstücke und verdichtetem Bauen ist die Nutzung der Landesgrünzonen die dritte große Säule, die eine Strategie umfassen muss. Es braucht eine ehrliche, ideologiefreie Diskussi-

on über die Vorhalteflächen. Wir müssen uns fragen: Ist eine Landwirtschaft im Rheintal, wo Monokulturen, Biogasanlagen, usw. über Förderinstrumente begünstigt werden, eine Strategie, die wir tatsächlich weiter verfolgen wollen? Wo kommt die Wertschöpfung her? Die Arbeitsplätze? Der Wohlstand? Denn schlussendlich ist es so, dass es durch das vorhandene Geld in der Region überhaupt erst möglich ist, Naturschutz zu

BITTE BLÄTTERN SIE UM